

Von der editorischen Seite her lässt das dicke Buch (mit Dokumentenverzeichnis, Personenregister, Kurzbiografien, Abkürzungen und Glossar) allenfalls einen groben Sachindex vermissen, um wichtige Themen in den verschiedenen Dokumenten leichter auffinden zu können. Diese Arbeit bietet zwar keine fundamentalen Neuigkeiten über die DDR-Opposition und die Methoden der Stasi, aber sie erschließt eine bislang weitgehend unzugänglich gebliebene Quelle. Sie ist und bleibt damit eine Fundgrube für die komplizierte Geschichte von Herrschaft und Dissidenz in der späteren, schon von inneren Verfallstendenzen gezeichneten DDR.

---

*Jan Eckel*, Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht 2014. 936 S., € 59,99. // doi 10.1515/hzhz-2016-0374

---

Regula Ludi, Bern

Seit einigen Jahren stehen die Menschenrechte im Brennpunkt des globalhistorischen Forschungsinteresses. Entsprechend häufen sich die Neuerscheinungen. Doch methodisch bewegen sich selbst jüngere Untersuchungen in einem eher konventionellen Rahmen. So auch die voluminöse Untersuchung von Jan Eckel, eine gekürzte Version seiner Freiburger Habilitationsschrift. Eckel zeichnet mit großer Detailkenntnis die internationale Entwicklung von den 1940er bis in die 1980er Jahre nach. In Anlehnung an Samuel Moyn, der kürzlich mit der Behauptung Aufsehen erregte, die Menschenrechte seien als „letzte Utopie“ eine Neuerfindung der 1970er Jahre, versteht Eckel die 1970er Jahre als Moment der Verdichtung menschenrechtlicher Aktivität. Denn trotz des Bekennnisses zu den Menschenrechten in der UNO-Charta geriet die Normenbildung nach 1948 rasch in den Sog der Rivalitäten zwischen den Supermächten. Konkurrierende Rechtsvorstellungen und gezielte Obstruktion verhinderten den Ausbau eines Umsetzungsapparats. Zwar erhielt die Debatte mit der Dekolonisation zunächst eine neue Dynamik, doch die Akzentverschiebung von individuellen Rechten hin zu kollektiven Ansprüchen (Selbstbestimmung, Entwicklung) verdammte die Menschenrechte laut Eckel erneut zu politischer Bedeutungslosigkeit.

Umso überraschender erscheint der Menschenrechtsboom der 1970er Jahre. Eckel macht die unverhoffte Konjunktur dieser Zeit exemplarisch an der Politik westlicher Regierungen, dem gut erforschten KSZE-Prozess sowie dem raketenha-

ten Aufstieg von Amnesty International fest. Eine Schlüsselrolle schreibt er den Protesten gegen den Militärputsch in Chile von 1973 zu. Auf breiter empirischer Grundlage analysiert er, wie sich im Fall von Chile internationale Politik mit zivilgesellschaftlichem Engagement verschränkte. Die Menschenrechte boten sowohl die verbindende Klammer als auch die legitime Sprache für die Kritik an Pinochet, während internationale Normen auf dem Weg der „Iteration“ (Seyla Benhabib) eine Erweiterung und Konkretisierung erfuhren. Ob das Fazit, mit Chile habe „eine neue menschenrechtspolitische Zeitrechnung“ (S.637) begonnen, indessen so uneingeschränkt haltbar ist, wäre zu prüfen, koinzidierte doch die Ächtung des Pinochet-Regimes auch mit einer Intensivierung der Anti-Apartheidkampagne.

Menschenrechte, so lässt sich bilanzieren, werden seit den 1970er Jahren als Faktor der internationalen Politik erkennbar. Und paradoxerweise ist es gerade der Anspruch auf den unpolitischen Charakter der Menschenrechte, der das Feld des Politischen transformiert. Dabei scheinen die Menschenrechte effektiv das Erbe der neuen sozialen Bewegungen anzutreten, wie das Samuel Moyn behauptet, wenn nicht deren Anliegen in einem neuen Modus weiterzutragen (insbesondere wenn man die in Eckels Darstellung kaum erwähnte Rolle des transnationalen Feminismus oder der Schwulen- und Lesbenbewegung in die Analyse miteinbezieht). Dass veränderte Kommunikationsmöglichkeiten, neue Formen der Subjektivität und der politische Strukturwandel dazu beigetragen haben, die Menschenrechte in den 1970er Jahren als „multifunktionales moralpolitisches Erneuerungsversprechen“ (S.810) zu lancieren, erscheint plausibel. Als Erklärung für ihre plötzliche Attraktivität greift die Analyse hier aber wohl zu kurz. Das mag nicht zuletzt von den blinden Flecken eines Forschungsansatzes herrühren, der Geschlecht – ebenso wie andere Differenzkategorien – fast kategorisch ausklammert. Dies erscheint umso bedauerlicher, als die Untersuchung mit ihrer Emphase auf Deutungsoffenheit und polyzentrischen Ursprüngen der Menschenrechte ebenso wie mit dem Verzicht, Diskontinuitäten zugunsten eines schlüssigen Narrativs zu glätten, der Komplexität ihres Gegenstandes ansonsten überzeugend Rechnung trägt.

---

*Andreas Rödder, 21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart.* München, Beck

2015. 494 S., € 24,95. // doi 10.1515/hhz-2016-0375

---

Heinrich August Winkler, Berlin

Ein „Abenteuer“ nennt der Mainzer Historiker sein neues Buch, und er übertreibt damit kaum. Mit seiner „kurzen Geschichte der Gegenwart“ beschreitet er nach eigenen Worten ein „wissenschaftliches Niemandsland“ zwischen den gegenwartsbezogenen Sozialwissenschaften und den Geschichtswissenschaften, die bisher nur in Ansätzen über die Epochenschwelle von 1989/90 hinausgegangen seien (S. 11). Rödder behandelt die Gegenwartsgeschichte nicht chronologisch, sondern systematisch. Er erörtert nacheinander die digitale Revolution, die Globalisierung der Weltwirtschaft, den Klimawandel, die „Tendenzwenden“ der Nachkriegszeit, den gesellschaftlichen Strukturwandel, das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie, die europäische Integration sowie Weltpolitik und Weltgesellschaft seit 1990. Deutschland und Europa stehen im Mittelpunkt, aber der Erkenntnishorizont des Vf.s ist global, seine Analyse konsequent transnational.

In Übereinstimmung mit einem neueren Forschungstrend sieht er in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts eine „weltwirtschaftliche Scharnierzeit“, den Beginn einer neuen Welle der Globalisierung – der zweiten, wenn man die erste um 1850 einsetzen und um 1914 enden lässt. In die Zeit nach 1973, dem Jahr des Endes des Weltwährungssystems von Bretton Woods und des ersten Erdölpreisschocks, fällt die Ablösung der Wachstums- und Planungseuphorie der vorangegangenen Jahrzehnte durch Einsicht in die „Grenzen des Wachstums“ einerseits, Vertrauen in die Vernunft des Marktes andererseits. Der Neoliberalismus der Chicago School findet in Rödder einen nicht unkritischen, aber verständnisvollen Interpreten. „Das Problem waren nicht die Marktreformen der siebziger Jahre und die Liberalisierungen der achtziger Jahre. Das Problem waren die Verselbständigung, die ausbleibende ordnungspolitische Nachsteuerung und die mangelnde Einhegung außer Kontrolle geratener Entwicklungen in den neunziger Jahren, vor allem in den USA“ (S. 53).

Auf einem Forschungsschwerpunkt seines Lehrstuhls und den Ergebnissen mehrerer, von ihm organisierter Konferenzen über den soziokulturellen Wertewandel der Nachkriegszeit aufbauend, diagnostiziert Rödder das paradoxe Miteinander von postmoderner Dekonstruktion aller normativen „Meistererzählungen“ und der neuen, Verbindlichkeit beanspruchenden „Kultur der Inklusion“ (samt „gender mainstreaming“ und „queer theory“), die er als Gegenideologie wertet. Ein anderes